

Berlin

Auch in Spandau bekommen Flüchtlinge keine Chipkarte mehr Streit gibt es aber um Bargeldzahlung und Unterbringung

Marlies Emmerich

Der Bezirk Spandau wird als letzter der zwölf Berliner Bezirke Anfang Februar das Chipkartensystem für 615 Flüchtlinge und Asylbewerber einstellen. Die für das System zuständige Firma hat den Vertrag von sich aus gekündigt. Matz will die Gelegenheit für eine "positive Botschaft" an die meisten Flüchtlinge nutzen. "Ein großer Teil soll dann Bargeld bekommen, wenn ich nicht von der Bezirksverordnetenversammlung abgehalten werde", sagte Sozialstadtrat Martin Matz (SPD) am Freitag mit Blick auf die CDU. Dort gibt es laut Matz viele Befürworter, statt der Chipkarten Wertgutscheine auszugeben, um Flüchtlinge stärker unter Druck zu setzen. Matz bemängelte, dass diese Wertgutscheine nur in 15 ausgewählten, über die Stadt verstreuten Geschäften eingetauscht werden können.

Der Senat hatte schon vor Jahren auf Bargeldzahlung umgestellt. Zuletzt hatte Reinickendorf Ende 2005 das Kartensystem abgeschafft, ab 2004 Mitte, Tempelhof-Schöneberg und Neukölln. Andere Bezirke hatten die Karten gar nicht eingeführt.

493 der 615 Flüchtlinge, deren Angaben bereits überprüft wurden, werden aus Sicht des Sozialstadtrates in jedem Fall Bargeld erhalten. Die restlichen 122 Flüchtlinge sollen sich nach "Aktenlage" bisher geweigert haben, Angaben zu ihrer Identität zu machen. Matz sagte, dass diese Fälle untersucht würden und die Zahl sicherlich gesenkt werden könne. Nur der verbliebene Personenkreis komme in einem Heim in der Spandauer Motardstraße unter. Dort leben rund 400 Menschen, Platz ist für 625. Nach Auskunft der Sprecherin der Senatssozialbehörde, Roswitha Steinbrenner, wohnen dort Flüchtlinge, Obdachlose und Minderjährige sowie vor der Ausreise stehende Ausländer für sechs bis acht Wochen. Generell zahle der Staat für eine Mietwohnung immer weniger als für eine Heimunterbringung mit Vollverpflegung. Deshalb sei die Motardstraße das einzige, noch bestehende Berliner Heim. Steinbrenner sagte: "Es ist kein Knast."

Jens-Uwe Thomas vom Flüchtlingsrat warf dagegen mehreren Bezirken sowie dem Land Berlin vor, das nur zur Erstaufnahme vorgesehene Heim "mehr als nur in Einzelfällen" für andere Flüchtlinge zu nutzen. Migrationsbeauftragter Günter Piening bezeichnete es als unglücklich, Asylbewerber zusammen mit anderen Menschen unterzubringen. Öffentlich geäußerte Sorgen aber über ein geplantes "Ausreisezentrum" seien wegen der "politischen Konstellation" der

Landesregierung ausgeschlossen.

Berliner Zeitung, 06.01.2007

[Weitere Artikel aus dem Ressort »](#)

[Ähnliche Artikel im Archiv »](#)

[Leserbrief »](#)